

Titel	Quelle	Nummer	Zeit
<u>D/Justiz/Mykonos</u>	<u>AFPplr</u>	<u>DEU131</u>	<u>Fre Aug 23 15</u>

=====
 222 /AFP-HP17

Bundesanwaltschaft prüft Verfahren gegen Khamenei und Rafsandschani
 - Banisadr belastet iranische Führung im Mykonos-Prozeß =

Karlsruhe/Berlin, 23. August (AFP) - Die Bundesanwaltschaft erwägt, wegen der Ermordung iranischer Oppositioneller in Berlin ein Ermittlungsverfahren gegen den iranischen Staatschef Haschemi Rafsandschani und Irans religiösen Führer Ali Khamenei einzuleiten. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Rolf Hannich, begründete dies am Freitag in Karlsruhe mit den belastenden Aussagen des iranischen Ex-Präsidenten Abolhassan Banisadr im Berliner Mykonos-Prozeß. Banisadrs Angaben seien "sehr genau", sagte Hannich. Außer einem Anfangsverdacht müsse noch geprüft werden, ob Khamenei und Rafsandschani wegen ihrer politischen Immunität überhaupt verfolgt werden könnten. Auch Bundesanwalt Bruno Jost räumte vor der Presse am Berliner Kammergericht ein, dies könne nach gerichtlichen und verfassungsrechtlichen Normen schwierig werden.

Banisadr bekräftigte an zweiten Tag seiner Zeugenanhörung vor Gericht seine belastenden Aussagen gegen Khamenei und Rafsandschani. "Der Führer hat den Befehl für das Attentat schriftlich bestätigt", präzisierte Banisadr die Rolle Khameneis bei der Ermordung von vier iranischen Oppositionspolitikern im September 1992 in Berlin, für die sich im Mykonos-Prozeß ein Iraner und vier Libanesen verantworten müssen. Diese Information habe er erst am Donnerstag abend per Fax aus zuverlässiger Quelle bekommen. Zudem bekräftigte er, daß Rafsandschani persönlich an der Ausarbeitung des Mordplanes beteiligt gewesen sei. Am Vortag hatte Banisadr außerdem den iranischen Geheimdienstminister Ali Fallahian weiter belastet, gegen den die Bundesanwaltschaft bereits im März Haftbefehl erlassen hatte.

ut/xjo/san

AFP

AA000569